

Gerhard Botz

„Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?“ *

Österreichische Zeitgeschichte am Ende ihres Jahrhunderts, Teil I

Für einen künftigen rückschauenden Beobachter mag es einmal klarer werden, ob um die Jahreswende 1989/90 schon das ‚21. Jahrhundert‘ begonnen hat. Die gesellschaftlichen und geistigen Umwälzungen, die mit einer – wie es in einer neuen, unausgesprochene Ängste enthüllenden Ausdrucksweise heißt – „atemberaubenden“ Geschwindigkeit Ost- und Zentraleuropa erfaßt haben, erscheinen manchen Gegenwartskommentatoren schlicht als ‚welthistorisch‘. Doch dies hat nicht den Anstoß zu der hier versuchten Standortbestimmung der ‚Zeitgeschichte‘ in Österreich geliefert, es mag nur manche seit einigen Jahren erkennbare Entwicklungstendenzen in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Eine solche Standortbestimmung, die auch den Blick nach vorne öffnen könnte, kann nicht erfolgen, ohne einen Rückblick auf die jüngste Geschichte des eigenen Faches, auf seine wissenschaftlichen Leistungen und Defizite, die Entwicklung seiner institutionellen Grundlagen, seiner Kämpfe und Umwege. Doch eine solche disziplinengeschichtliche Nachzeichnung der österreichischen Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichtsschreibung erfordert es, in ihren breiteren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang eingebunden und mit der sonstigen Wissenschaftsentwicklung, aber auch mit dem kollektiven Ge-

* Fernand Braudel, *Leçon inaugurale faite le Vendredi 1^{er} Décembre 1950*, (Paris) 1951, 8.

schichtsbewußtsein, den „Geschichts-Bildern“¹ der Medienwelt, der ‚Hochkultur‘ wie der ‚Volkskulturen‘, in Beziehung gesetzt zu werden, auch wenn dies hier, praktisch ohne Vorarbeiten, bestenfalls ansatzweise versucht werden kann. Dies bedeutet die Forderung, daß – wie jüngst ein Historiker fernerer Epochen geschrieben hat – „sich die Geschichte der Geschichtsschreibung nicht nur mit der professionellen Geschichteproduktion beschäftigen soll, sondern mit dem gesamten Ensemble von Phänomenen, welche die historische Kultur oder – besser – die *geschichtliche Mentalität* einer Epoche ausmachen.“²

In einem solchen Kontext verblassen allerdings auch zeit- und epochenübergreifende Basiskategorien wie „wissenschaftlich“, „fortschrittlich“, „Modernität“, „Qualität“. Daher kann erst – und so einen Wertrelativismus verhindernd – eine gegenwartsgeprägte und zugleich zukunftsorientierte Nachzeichnung der geschichtswissenschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten eine historische ‚Standortbestimmung‘ ermöglichen, die eine Formulierung von Vorstellungen über die Zukunft der ‚Zeitgeschichte‘ nicht von vornherein aussichtslos macht.

Schweigende Historiker – verspätete ‚Zeitgeschichte‘

‚Zeitgeschichte‘ als wissenschaftliches Arbeitsfeld und schulischer Unterrichtsgegenstand formierte sich in Österreich im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland³ relativ spät. Wie in anderen Ländern, in denen die Auswirkungen der Epoche der kommunistischen, faschistischen und nazistischen Diktaturen und des Zweiten Weltkrieges bisherige Weltbilder, alte Sozialordnungen, politische

1 Helene Maimann, *Geschichts-Bilder*, in: *Geschichte als demokratischer Auftrag*, Wien 1983, 277–300; vgl. auch: Georg Schmid, *Die Spur und die Trasse. (Post-)Moderne Wegmarken der Geschichtswissenschaft*, Wien 1988, 353–356.

2 Jacques Le Goff, *Histoire et mémoire*, Paris 1988, 219 (Hervorhebung u. Übers. von mir, G.B.); beispielhaft hiezu: Henri Rousso, *Le syndrome de Vichy 1944–198...*, Paris 1987.

3 Vgl. etwa zur deutschen Situation: Winfried Schulze, *Die Geschichtswissenschaft nach der „deutschen Katastrophe“*, in: Frank Niess, Hg., *Interesse an der Geschichte*, Frankfurt am Main 1989, 13–23, in diesem Band auch weitere bemerkenswerte Beiträge; vgl. auch: Bernd Faulenbach, Hg., *Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, München 1974.

Strukturen und Wirtschaftssysteme zutiefst erschüttert⁴ und doch auf eine untergründige Weise hatten weiterwirken lassen, waren die ersten Nachkriegsjahre in der wieder erstandenen Republik Österreich Jahre des historiographischen Schweigens über die jüngste Vergangenheit. Der größte Teil der österreichischen Universitätshistoriker war schon wegen seiner bildungsbürgerlich-„nationalen“ Herkunft in einem Verhältnis der distanzierten Nähe⁵ zum Nationalsozialismus und zu dessen Regime gestanden, zwei Drittel von ihnen waren durch Organisationsmitgliedschaften kompromittiert und mußten sich nach 1945 Entnazifizierungsmaßnahmen unterziehen. Viele von ihnen wurden entlassen, manche später wieder eingestellt. Dennoch war das Ende der NS-Herrschaft für die österreichische Geschichtswissenschaften keine einschneidende Zäsur, wie der Salzburger Wissenschaftshistoriker Günter Fellner jüngst prägnant formuliert hat: „Die Grundsätze der fachlichen Tradition blieben nach 1945 dieselben. (...) Der Historismus, wie man ihn kannte und interpretierte, überdauerte neuerlich eine politische Zäsur. Er wurde hinfort etwas gemäßigter konservativ formuliert, der gravierendsten Auswüchse nationalistischer Art beschnitten und stärker an geistig-humanitären Gesichtspunkten orientiert.“⁶

Zum einen verhinderten das unaufhaltsam erscheinende Vordringen des Kommunismus in der unmittelbaren Nachbarschaft und das auch innenpolitisch polarisierende Klima des „Kalten Krieges“ frühe Ansätze zu einer Bearbeitung der NS-Zeit und ihrer Vorgeschichte. Zum andern blockierte die neue Staatsdoktrin, wonach Österreich mit seinen Einwohnern nichts anderes als „das erste Opfer des Nationalsozialismus“ gewesen sei, fast zwanzig Jahre lang jede geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem ‚Dritten Reich‘. Und überhaupt erschwerte das nur allmähliche Abklingen jener „para-nazistischen Mentalität“, die den Nationalsozialismus – auch in Österreich zu einem Großteil

4 Vgl. *Historians on the Twentieth Century*, *Journal of Contemporary History* 2 (1967), H. 1, vor allem die Beiträge von René Rémond über Frankreich, Claudio Pavone über Italien, Hans Herzfeld über Deutschland und Frantisek Ryska über Polen; auch: George G. Iggers u. Harold Parker, Hg., *International Handbook of Historical Research*, London 1979.

5 Vgl. Gernot Heiß, *Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe*, in: Gernot Heiß u.a., Hg., *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien 1989, 39–76.

6 Günter Fellner, *Die österreichische Geschichtswissenschaft vom „Anschluß“ zum Wiederaufbau*, in: Friedrich Stadler, Hg., *Kontinuität und Bruch 1938–1945–1955*, Wien 1988, 135–155, hier 148; vgl. auch Fritz Fellner, *Geschichte und Gegenwart*, Salzburg 1966, 12 f.

eigenständig – hervorgebracht hatte⁷, eine Verarbeitung der eigenen Vergangenheit, wie es einem liberal-demokratischen Gesellschaftsentwurf wohl angemessen wäre.

Wenn es die „soziale Funktion der Historie“ ist, „die Vergangenheit für ihre Funktion in der Gegenwart zu organisieren“ (L. Febvre⁸), dann war in den ersten Jahren der Zweiten Republik das Schweigen der Geschichte ‚staatsnotwendig‘ oder konnte von der Großen Koalitionsregierung erfolgreich als solches ausgegeben werden. Jede tieferreichende Berührung der tabuisierten „Nazivergangenheit“, aber auch der brüchigen Traditionen von „Demokratie“, „Diktatur“ und „politischem Pluralismus“ konnte, wie schon angedeutet, allzu leicht über einen symbolischen, doch nicht weniger erbitterten ‚popularhistorischen‘ Streit, der automatisch auch das gegenwärtige Selbstverständnis der österreichischen Parteien betraf, hinaus eskalieren.

Daraus kann, von der Ebene persönlicher Unzulänglichkeit absehend, verständlich werden, wie schwierig es für die politischen Eliten der unmittelbaren Nachkriegszeit gewesen sein muß, die drängendsten kollektiven Erinnerungen, die mit dem NS-Syndrom verbunden waren, in nicht-wissenschaftlichen Formen historischen Bewußtseins⁹ zu bändigen, sei es in Politikerreden, Staatsdeklarationen, Schulbuecherläßen oder Gerichtsprozessen. Überhaupt scheint in der Frühzeit der Zweiten Republik die Justiz, gerade im Kontrast zu ihrer im weiteren Verlauf der Nachkriegszeit tatsächlichen und so beklagten Milde Kriegs- und Naziverbrechen gegenüber¹⁰, trotz allem eine wichtige Institution der staatlich gesteuerten „Vergangenheitsbewältigung“ gewesen zu sein. Immerhin haben wenigstens einige ‚große‘ Naziprozesse in der medialen Öffentlichkeit Österreichs zunächst breiten, wenngleich nur bei einem recht kleinen Segment

7 Vgl. Gerhard Botz, *Anschluß an die Vergangenheit! Überlegungen zum Zusammenhang von Verdrängung der NS-Vergangenheit und der aktuellen Krise von Zeitgeschichte, Antifaschismus und Demokratiebewußtsein in Österreich*, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Jahrbuch 1987, Wien 1987, 23–41.

8 Vgl. Lucien Febvre, *Das Gewissen des Historikers*, Berlin 1988, 4–38; vgl. Eric Hobsbawm, *The Social Function of the Past: Some Questions*, in: *Past and Present* 55 (1972), 3–17.

9 Zum Ausdruck kommend selbst im Verhalten (und Reden) von Ministern der ersten Nachkriegsregierungen, etwa bei Fragen der ‚Wiedergutmachung‘ an jüdischen NS-Opfern, vgl. Robert Knight, *„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“*, Frankfurt am Main 1988.

10 Vgl. *Volksgerichtsbarkeit und Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Österreich 1945–1972*, Wien 1977.

zustimmenden, Widerhall gefunden. Zwar zeitigten diese Gerichtsverfahren von ihrer gesellschaftlichen Funktion her nur in Ausnahmefällen und nebenher unmittelbar historiographisch verwertbare Einsichten, immer aber produzierten sie Berge schriftlicher Quellen, die wenigstens in den späten 40er Jahren fallweise publiziert wurden.¹¹

Doch es gab im österreichischen kollektiven Geschichtsbewußtsein nach 1945¹² – von generations-, schicht- und parteispezifischen Differenzierungen soll hier vorerst ganz abgesehen werden – noch andere ‚schmerzhaft‘e Brüche als nur jene im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus. Gerade dadurch unterscheidet sich ja die Zeitgeschichte Österreichs sehr stark von jener der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreichs; dadurch wird sie aber auch in eine gewisse strukturelle Nähe zu jener der DDR und mancher ostmitteleuropäischer Gesellschaften gebracht. Dies mag erklären, warum der nicht unmittelbar mit dem Nationalsozialismus zusammenhängende Teil der österreichischen Zeitgeschichte ähnlich, wenngleich weniger stark, abgeblockt war und warum so lange, Memoiren und journalistische Arbeiten ausgenommen, nahezu keine von Österreichern verfaßten Darstellungen der Zwischenkriegszeit entstanden sind; immerhin wollte doch die Zweite Republik ihrem Selbstverständnis nach – über die ausgeklammerte NS-Zeit hinweg – ungebrochen an der Ersten Republik anknüpfen.

Dagegen war schon im Zweiten Weltkrieg und danach im Ausland, vor allem in den USA, ein bemerkenswertes Interesse an der österreichischen Vorkriegs- und „Anschluß“-Geschichte entstanden. Die von dem Nationalökonomie-Professor in Berkeley Charles A. Gulick verfaßte mehrbändige Geschichte „Österreich von Habsburg zu Hitler“ blieb denn auch nach ihrer raschen Übersetzung 1950 für lange Zeit eine der wenigen umfassenden Darstellungen. Sie wurde noch für die damaligen, an der Zeitgeschichte besonders interessierten Studentengenerationen der 60er und 70er Jahre richtungweisend, wohl gerade auch, weil sie in der Tradition der amerikanischen linksdemokratischen Histo-

11 Dies gilt natürlich für den ‚großen‘ Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, den Hochverratsprozeß gegen Guido Schmidt und, teilweise, für das „Rot-weiß-rot-Buch“; die Protokolle wurden bereits 1946/47 gedruckt.

12 Vgl. Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung*, Wien 1984, 197; hiezu nur tentativ: Emil Brix, *Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik*, in: Günter Bischof u. Josef Leidenfrost, Hg., *Die bevormundete Nation*, Innsbruck 1988, 93–103.

riographie stehend sich von dem vorherrschenden konservativen ‚Klima‘ deutlich abhob. „Der Gulick“ war auch bis zum Entstehen einer sozialdemokratisch orientierten kritischen Geschichtsschreibung in Österreich ein wichtiger Orientierungspunkt des Geschichtsbewußtseins im „sozialistischen Lager“. Umso bemerkenswerter, doch auch wieder nicht unlogisch ist es, daß in Österreich selbst ein ‚bürgerliches‘ Gegenstück hiezu, „der Benedikt“, schon 1954 erschien. Die darin enthaltene ereignisgeschichtliche Darstellung der Ersten Republik durch Walter Goldinger und die epochenübergreifende Geschichte der politischen Parteien und Bewegungen durch Adam Wandruszka erwiesen sich ebenfalls als Pionierarbeiten von langer Wirkung, nicht bloß im konservativen Sektor des eingangs skizzierten Geschichtsmilieus. Vor allem aber Wandruszkas Theorie von den „politischen Lagern“ hat sich wohl deshalb, kaum modifiziert, bei Fachhistorikern, Politikwissenschaftlern und in der breiten Öffentlichkeit¹³ so dauerhaft eingebürgert, weil sie in der Tat (allerdings nur seit der Ersten Republik¹⁴) einer unmittelbaren, erst heute schwächer werdenden Erfahrung vieler Österreicher/innen entsprach.

Damit wird auch – anders als einfach aus der „Lagertheorie“ heraus – erklärbar, was für ausländische Beobachter der ‚Zeitgeschichte‘-Szene in Österreich so augenfällig ist: deren besonders starke Politisierung und institutionelle und personelle Anbindung an die politischen Parteien und die großen Interessenverbände.¹⁵ ‚Geschichte‘ war und ist in Österreich (bis in die jüngste Vergangenheit) in einer ganz direkten Weise höchst politisch, insofern als immer

13 Zur Wirkung der „Lager“-Theorie in der Politikwissenschaft vgl. etwa: Melanie Sully, *Political Parties and Elections in Austria*, London 1981, sowie die Arbeiten von Rainer Nick, Anton Pelinka, Peter Gerlich und Heinz Fischer; einschlägige Titel der erwähnten Autoren werden hier und in Hinkunft nicht angeführt, vgl. dazu: Peter Malina u. Gustav Spann, *Bibliographie zur österreichischen Zeitgeschichte 1918–1985* (dieser unerläßliche Arbeitsbehelf enthält allerdings keine fremdsprachigen Titel).

14 Zu einer fundierten Kritik der „Lagertheorie“: Ulrich Kluge, *Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918–1938)*, in: *Neue Politische Literatur* 29 (1984), 80–83; empirisch hiezu: Hanns Haas, *Salzburg in der Habsburgermonarchie*, in: Heinz Dopsch u. Hans Spatzenegger, Hg., *Geschichte Salzburgs. Stadt und Land*, Bd. 2, Salzburg 1989, 661–1022, hier bes. 833 ff.

15 Gerald Stourzh, *Einige Überlegungen zur Lage der Zeitgeschichte*, in: Erhard Busek u.a., Hg., *Wissenschaft und Freiheit. Ideen zu Universität und Universalität*, Wien 1989, 141–143; vgl. auch: Ulrich Kluge, *Das Dilemma einer Demokratie. Zwischenbilanz der österreichischen Forschung zur Geschichte der Ersten Republik 1918–1938*, in: *Neue Politische Literatur* 23 (1978), 219–247.

wieder Probleme der ‚Zeitgeschichte‘ (und ihrer künstlerischen Verarbeitung) jederzeit eine unmittelbare politische Brisanz erlangen konnten. Allerdings ist eine zusammenhängende Analyse dieser Konfliktfälle, die einen tiefen Einblick in die österreichischen Geschichtsmentalitäten zuließen, noch nicht geschrieben, angefangen von der „Causa Habsburg“ und vom „Dollfuß-Porträt“ im ÖVP-Parlamentsklub bis zur „Affäre Waldheim“, zum „Hrdlicka-Denkmal“ und zu Thomas Bernhards „Heldenplatz“. Geradezu schlagend bewies schon im Frühjahr 1965 der ‚Fall Borodajkewycz‘, wie viel politischer Sprengstoff in der verdrängten österreichischen Zeitgeschichte vorhanden war; ausgehend von den antisemitischen Kommentaren eines Sozialgeschichteprofessors an der Welthandelshochschule führte dieser ‚Fall‘ zum Tod eines Antifaschisten und brachte die damalige ÖVP-SPÖ-Regierung an den Rand ihres Bruches.¹⁶

Gründung der ‚Zeitgeschichte‘ als „Koalitionsgeschichtsschreibung“

Erst mit dem Abschluß des „Staatsvertrages“ kühlte sich die Asche der österreichischen Vergangenheiten, um eine Metapher des „Annales“-Mitbegründers Lucien Febvre¹⁷ zu verwenden, so weit ab, daß österreichische Historiker daran gehen konnten, darin zu stochern. Dies führte schließlich zu den Anfängen der institutionalisierten ‚Zeitgeschichte‘ in Österreich. Die unmittelbaren außenpolitischen Notwendigkeiten, jede, auch die geringste Infragestellung der österreichischen ‚Geschichtsmymen‘ abzublocken, waren nach 1955 weggefallen, das nach der Wiederaufbau-Phase einsetzende rapide Wirtschaftswachstum erforderte eine Expansion des sekundären Bildungswesens und auch sonst manche gesellschaftlichen Adaptierungsmaßnahmen. Die sich in Westeuropa schon abzeichnenden technokratischen und demokratischen Reformtendenzen, dort auch mit ersten historiographischen Umorientierungsversuchen einhergehend¹⁸, und die in mehreren Phasen fortschreitende Ost-West-Entspannung zeitigten auch in Österreich Fernwirkungen; diese standen zunächst noch ganz unter dem Vorzeichen einer konservativen Erneuerung um die in Staffeln antretenden ‚Refor-

16 Vgl. Heinz Fischer, Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz, Wien 1966.

17 Febvre, Gewissen, wie Anm. 8, 16.

18 Vgl. Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, München 1971, Kap. 8; Hans-Ulrich Wehler, Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik 1949–1979, in: ders., Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung, Göttingen 1980, 13–41.

mer' innerhalb der ÖVP. Die in 15 Jahren geschaffenen, eher noch bescheidenen materiellen Möglichkeiten und ein wachsender staatspolitischer Druck, die Existenz Österreichs nun mit einem neuen Österreichbewußtsein auszufüllen, dem vorerst noch kein Bedürfnis nach einem neuen Demokratiebewußtsein entsprach, veranlaßten wohl den ÖVP-Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, zuständig auch für Wissenschaft, verstärktes Gewicht auf „staatsbürgerliche Erziehung“ zu legen.

Dabei sollte die ‚Zeitgeschichte‘, die ohnehin – allerdings meist nur als papierene Forderung – schon in den Lehrplänen der höheren Schulen verankert war, einen wichtigen Platz einnehmen. Argumente dagegen gab es allerdings noch von vielen Seiten. Einige innerdisziplinäre Einwände geschichtstheoretischer und forschungspraktischer Art werden uns noch im Zusammenhang mit der Periodisierungsdebatte um 1980 begegnen. Zunächst konnten – auch wegen des noch relativ geringen zeitlichen Abstands – von 1966 an die rigiden Archivbenutzungsgrenzen, ohnehin ein notorisches Hindernis der Zeitgeschichtsforschung, nur in einem mühsamen Kampf¹⁹ gegen manche Archivare und Rechts- und Geschichtsexperten zurückgedrängt werden. Politiker spielten dabei eine doppelte Rolle: Zunächst überwogen noch diejenigen, die befürchteten, „zu frischer Stoff“ käme in „unberufene Hände“, d.h. vor allem in die Hände von Zeitgeschichtlern, die sich dem herrschenden Konsens nicht in jeder Hinsicht unterwerfen wollten.²⁰ Doch auch auf seiten der wichtigsten ‚Konsumentengruppe‘ der ‚Zeitgeschichte‘ gab es Widerstände, sodaß Drimmel auf der Reichenauer Tagung über „die unbewältigte Vergangenheit der Schule“ klagen mußte: „Unter uns lebt eine Lehrergeneration, deren älteste Vertreter vier oder fünf verschiedenen Regierungssystemen die Treue geschworen hatten.“

Seine Zielvorgaben für die schulische ‚Zeitgeschichte‘ lauteten daher: „Es wäre unverantwortlich, die unentschiedenen Schlachten der eigenen Jugend vor der heutigen Jugend nochmals auszutragen“; demgegenüber sei es geboten,

19 Dieser Antagonismus zwischen Zeitgeschichtsforschung und archivarischen Institutionen hat sich Anfang der 80er Jahre erneut an Fragen des – an sich durchaus berechtigten – Schutzes EDV-gespeicherter und persönlicher Daten entzündet (vgl.: Symposium Wissenschaft und Datenschutz, Linz 1981) und ist auch mit der Debatte um ein „Archivgesetz“ um die Mitte der 80er Jahre nicht zum Abschluß gekommen.

20 Zit. n. Ludwig Jedlicka, Die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung von der Reichenauer Tagung 1960 bis heute, in: ders. u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, 17–20.

„Entwicklungslinien (...), die aus den Zerwürfnissen der Vergangenheit sich zur Gemeinsamkeit annähern können,“, „das gemeinsame Erlebnis des Leidens in der Zeit von 1938 bis 1945“ und „die Idee des selbständigen, unabhängigen Österreichs und eines Österreichertums“ herauszustreichen.²¹ In der Tat wurde hier eine wichtige wissenschaftspolitische Grundlage der kommenden „Koalitionshistoriographie“ gelegt und praktisch die meisten ihrer Antworten bereits vorgegeben. Bestimmte Fragegebote und -verbote wurden der entstehenden ‚Zeitgeschichte‘ sozusagen in die Wiege gelegt.

Nachdem schon 1953 und 1955 ein noch eher kritisch gehaltener, zweiteiliger Literaturbericht des Historiker-Staatsarchivars²² Rudolf Neck das zukünftige Arbeitsgebiet der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ abgesteckt²³, jedoch – als für die gesellschaftliche Situation verfrüht – keine sichtbare Wirkung gehabt hatte, begann in den 60er Jahren der lange Weg der Institutionalisierung dieses neuen Arbeitsgebietes. Als offizielle Geburtsstunde der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ gilt, vielleicht auch aus einer gewissen Tendenz zur ‚Eigengeschichtsschreibung‘, die Expertentagung in Reichenau an der Rax im Dezember 1960.²⁴

Allerdings dauerte es noch mehrere Jahre, bis die ‚Zeitgeschichte‘ in einem Feld, abgesteckt vor allem von vier Gründungsinstitutionen, festen Fuß fassen konnte. An der einen Ecke des institutionellen „Tetragons“ der ‚Zeitgeschichte‘, und in vielerlei Hinsicht zu dessen Zentrum werdend, stand das 1966 errichtete Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien, immerhin 15 Jahre nach der Errichtung des bahnbrechenden Münchner Instituts für Zeitgeschichte. Es war mit der fachlich gleichgerichteten Professur Ludwig Jedlickas und einer eher ‚blutleeren‘ „Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte“ verschmolzen, erzielte jedoch schon in seiner Latenzphase durch die Lehrtätigkeit Jedlickas und

21 Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, Wien 1961, 5–15.

22 Diese Kombination ist nichts Ungewöhnliches, auffällig ist, daß in der Vor- und Frühphase der österr. ‚Zeitgeschichte‘ außer Neck auch Goldinger und E. Weinzierl in unmittelbarer Quellennähe arbeiteten. Die meisten der frühen Zeitgeschichtler hatten übrigens noch den „Kurs“ des Instituts für österreichische Geschichtsforschung durchlaufen.

23 Rudolf Neck, Zeitgeschichtliche Literatur über Österreich I und II, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 6 (1963), 422–444 und 8 (1965), 368–389.

24 Den Bericht hierüber vgl.: Österreichische Zeitgeschichte, wie Anm. 21.

anderer²⁵ und durch eine umfangreiche Dissertantenbetreuung eine beachtliche Ausstrahlung. Der zweite Eckpfeiler der entstehenden ‚Zeitgeschichte‘ war das „Institut für Kirchliche Zeitgeschichte“ in Salzburg. Auf eine katholische Initiative zurückgehend, war es schon 1961, zeitlich vor und außerhalb der dortigen Universität, entstanden und mit dieser durch die Professur Erika Weinzierls verbunden, was Salzburg zusammen mit teils integrierten, teils konkurrierenden akademischen Positionen zu einem besonders innovativen Ort werden ließ.²⁶

Als dritter Pfeiler der Zeitgeschichtsforschung entstand mit speziellen Aufgabengebieten 1963 das bis 1983 von Herbert Steiner geleitete „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) in Wien. Zunächst auf Vereinsbasis, erst später als Stiftung eingerichtet, wurde es von Anfang an vom „Geist der Lagerstraße“ und der antinazistischen ‚Dreierkoalition‘ von 1945 getragen und schloß daher auch offiziell das kommunistische Element des antinazistischen Widerstands mit ein. Von manchen Universitätshistorikern deshalb skeptisch betrachtet, entwickelte es sich im Verlauf der Jahre von einer dokumentalistischen Sammelstelle zu einer stark aufklärerisch-antifaschistischen und später auch forschenden ‚zeitgeschichtlichen‘ Institution.²⁷ In der zeitlichen Abfolge als viertes wurde schließlich 1968 an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (dann Universität) Linz ebenfalls eine überwiegend ‚zeitgeschichtliche‘ Professur eingerichtet und war bis 1984 mit dem aus der englischen Emigration zurückgeholten Karl R. Stadler besetzt. Sie wurde schon 1969 mit einem „Ludwig-Boltzmann-Institut“, dem von der SPÖ-nahen „Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft“ neu errichteten „LBI für Geschichte der Arbeiterbewegung“, gekoppelt. In einem losen Zusammenhang mit diesem „zeitgeschichtlichen Tetragon“ gab es schon in den 60er Jahren weitere, allerdings nicht immer für die Zeitgeschichtsforschung im eigentlichen Sinn gleich bedeutende Institutionen, von denen nur der „Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung“ und die jährliche, ab 1965 unter dem Vorsitz von Neck und Steiner

25 Vgl. Michael Derndarsky, Die Berücksichtigung der Zeitgeschichte im Lehrbetrieb der Wiener Universität, in: *Austriaca*, Sonder-Nr. 2 (1979), 235–275.

26 Vgl. Siegfried Mattl, Bestandsaufnahme zeitgeschichtlicher Forschung in Österreich, Wien 1983, 11–13.

27 Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Bedeutung – Entwicklung – Tätigkeit, Wien 1982, 9–11; vgl. auch: Helmut Konrad u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein, Wien 1983.

in Linz abgehaltene „Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung“ (ITH) zu nennen sind.²⁸

Bemerkenswert an diesem institutionellen Gründungsviereck der ‚Zeitgeschichte‘ ist, daß es exakt sein gesellschaftliches Umfeld widerspiegelt. Nahezu jede dieser Institutionen war mindestens in ihrer Gründungsphase am Rande oder außerhalb der noch in den traditionellen Bahnen verharrenden Universitätsgeschichte verankert; jede entstand aus einer steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach einer spezifischen ‚Zeitgeschichte‘ sozusagen in einem institutionellen Niemandsland, um sich schließlich wenigstens tendenziell den Zentren der universitären ‚Geschichte‘ anzunähern oder damit zu verschmelzen; jede war mindestens in ihrer Gründungsphase mit einer Großorganisation verbunden, die in der politischen und wissenschaftlichen Kultur der Zweiten Republik traditionellerweise Gewicht hat, sei es das zuständige Ministerium, die Katholische Kirche, die mehr ideelle denn organisatorische Gemeinschaft der Anti-NS-Widerstandskämpfer oder die sozialistische Arbeiterbewegung (Gewerkschaft und SPÖ). Waren die erst- und die drittgenannte Institution in sich groß- bzw. dreierkoalitionär zusammengesetzt, so konnten die ersten beiden Zeitgeschichte-Institutionen eher der ‚rechten‘, die beiden anderen eher der ‚linken‘ „Reichshälfte“ zugerechnet werden.

Ihren wissenschaftlichen Karrieren nach waren die „Pioniere“ der ‚Zeitgeschichte‘ eher von in Österreich peripheren Positionen ausgegangen. Geboren zwischen 1913 und 1925 gehörten diese „Gründer“ gerade noch zu ein und derselben politischen Generation, die die gleichen prägenden historischen Erfahrungen gemacht hatte: Bürgerkrieg, „Anschluß“ und NS-Regime. Dies machte diese „Vorkriegsgeneration“ zu einer doch in manchem einheitlichen *intellektuellen Generation*²⁹, wenngleich sie in der Zwischenkriegszeit auf verschiedenen Seiten der Fronten gestanden waren und auch immer noch unterschiedlichen politischen „Lagern“ angehörten. Insgesamt ein geradezu idealer Boden

28 Vgl. Karl R. Stadler, Problematik und neue Impulse in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, in: Wolf Frühauf, Hg., Wissenschaft und Weltbild. Festschrift für Hertha Firnberg, Wien 1975, 385–398, hier 394–396.

29 Vgl. Karl Mannheim, Wissenssoziologie, Berlin 1964, 509–565 (Das Problem der Generationen); Jean-Pierre Azéma, La clef générationelle, in: Vingtième Siècle 22 (1989), 3–10 und andere Artikel in dieser den *générations* gewidmeten Nummer.

für die Entstehung einer geschichtsmentaligen Grundhaltung, die als „Koalitionsgeschichtsschreibung“³⁰ bezeichnet werden kann.

Überhaupt von keiner der durch die NS-Periode gegangenen politischen Generationen, die nach 1945 politisch-beruflich Österreicher und Historiker in bestimmenden Positionen waren, hätte schon zu diesem Zeitpunkt das noch weitaus problematischere Verhältnis zum ‚Dritten Reich‘ thematisiert werden können, jedenfalls nicht ohne Gefährdung des mühsam erarbeiteten und aufrechterhaltenen Grundkonsenses der Zweiten Republik. Eine empirisch-wissenschaftliche Geschichte des Nationalsozialismus konnte nicht ohne weiteres in das Schema eines ‚Bürgerkriegs‘³¹ gepreßt werden, in dem es entweder um den Gegensatz Demokratie vs. Diktatur *oder* österreich-patriotisch vs. deutschnational ging – nicht zuletzt auch, weil es dem NS-Regime gegenüber zwar einen mehr oder weniger aktiven Widerstand politischer Eliten und Kader, nicht aber einen wirklichen Massenwiderstand, eine echte *résistance*, gegeben hatte.

Deshalb wohl wurden Widerstand und politische Verfolgung in der NS-Zeit in einer bestimmten Sichtweise zu *dem* Thema der frühen ‚Zeitgeschichte‘. Nur in der überhöhten Herausstellung eines gemeinsamen Gegners, nur durch den Filter des Widerstands war es zunächst überhaupt möglich, die noch drängend nahe Zeitgeschichte mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft aufzuarbeiten. Obwohl es noch nicht die spätere Flut von zeitgeschichtlichen Publikationen gab, dominierten die Veröffentlichungen auf diesem Feld.

Wenn man bedenkt, gegen welche massiven Widerstände die entstehende ‚Zeitgeschichte‘ anzukämpfen hatte, kann auch die Aufzählung ihrer methodologischen ‚Mängel‘ ihre Verdienste nicht schmälern: unkritische Faktenorientierung; dokumentalistischer ‚Aktenfetischismus‘ bei einer manchmal wenig gezügelten politischen Interpretation; Orientierung an Einzelpersonen und po-

30 Ausführlicher mein Artikel: Die Ausschaltung des Nationalrates im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, in: Vierzig Jahre danach, Wien 1973, 31–59, leicht verändert abgedruckt auch in: Gerhard Botz, Krisenzonen einer Demokratie, Frankfurt am Main 1987, 119–154, hier 125–131. (Die dort beschriebenen zwei Varianten von „Koalitionsgeschichtsschreibung“ wären in unserem Zusammenhang durch eine dritte zu ergänzen, durch eine nach dem Modell der „Volksfront“ zusammengesetzte, also unter Einschluß der Kommunisten; in ihrer Funktionsweise waren alle drei Varianten sehr ähnlich.)

31 So Anton Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, in: ders. u. Erika Weinzierl, Hg., Das große Tabu, Wien 1987, 143–153.

litischen Ideen, die ganz im Sinne von Parteiprogrammen³² aufgefaßt wurden; manchmal trotz eines Selbstverständnisses von politischer ‚Progressivität‘ historistische Traditionalität.

Nicht zufällig wurde auch die Aufarbeitung von Gerichtsakten, die vom SPÖ-Justizminister Christian Broda schon während der Großen Koalition betrieben wurde, die wohl wichtigste forschungspolitische Einzelmaßnahme in der Anfangsphase der Zeitgeschichtsforschung. Justizakten waren vor der 1966 erfolgenden Lockerung der staatlichen Archivbenutzungsbeschränkungen eine der wenigen von staatlichen Instanzen produzierten internen Quellen, die auch schon Dissertanten zugänglich gemacht wurden und den Empiriereichtum dieser Arbeiten bestimmten. Dies gilt auch für Jedlickas Studie über den „großen“ militärischen Widerstand 1944, und noch mehr für Stadlers und Steiners Arbeiten und Dokumentationen über Verfolgung und Widerstand der ‚kleinen Leute‘ aus allen politischen Gruppierungen.³³ Beiden war als Emigranten in England die dortige Sozial- und Arbeitergeschichte nicht fremd. Ihre – jedoch auch koalitionshistoriographisch bedingte – breite Konzeption von Widerstand war in den 60er Jahren in manchem sogar der deutschen Widerstandsforschung voraus.³⁴ Doch sollte auch bedacht werden, daß, wo der „große“ Widerstand fehlt, der „kleine“ als Legitimierung erhalten muß.

Gegenüber diesem Forschungsschwerpunkt fielen alle anderen Felder der ‚Zeitgeschichte‘ der 60er Jahre quantitativ ab, am wenigsten noch die Arbeiterbewegungsgeschichte. Zum Teil über das engere Gebiet der ‚Zeitgeschichte‘ hinausgreifend und im Übergangsfeld zur politischen und Ideen-Geschichte stehend, später auch mit einer besonderen Affinität zur Sozialgeschichte, wurde Geschichte der Arbeiterbewegung in den 70er Jahren zu einem privilegierten ‚zeitgeschichtlichen‘ Arbeitsgebiet. Auch die ÖVP-Alleinregierung (1966–1970) verhinderte nicht dauerhaft eine Befahrung der schon Mitte der 60er Jahre vor allem von Broda und vom damaligen Außenminister Bruno Kreisky

32 Wohl nicht zufällig erschien damals: Klaus Berchtold, *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, Wien 1967, die bis heute beste Auswahl.

33 Titel bei: Malina u. Spann, *Bibliographie*, wie Anm. 13, 41, 43, 45; auch: Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens*, 3. Aufl., Wien 1970.

34 Zur Würdigung der erst 1975 erschienenen Dokumentation über „Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945“ vgl.: Reinhard Mann, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1987, 350–351.

gelegten Gleise.³⁵ Abgesehen von journalistischen, aber oft richtungweisenden Arbeiten³⁶, etwa Otto Leichters, benötigte die ‚zeitgeschichtliche‘ Historiographie der Arbeiterbewegung eine längere Anlaufzeit, als man eigentlich hätte erwarten können. Nur dem Politologen Norbert Leser gelang mit seinem Austromarxismus-Buch ein *opus magnum* normativ verfahrenender politischer Ideengeschichte.³⁷

Ein sekundärer zeitgeschichtlicher Forschungsschwerpunkt richtete sich auf den Ersten Weltkrieg, den Zerfall der Habsburgermonarchie und die Entstehung der österreichischen Republik.³⁸ Keine der daraus hervorgehenden Studien erreichte jedoch die analytische Schärfe und Dichte einer zeitgenössischen Darstellung, Otto Bauers „Die österreichische Revolution“.³⁹ Von Fritz Fellner und um dessen Ordinariat für Geschichte der Neuzeit wurde in Salzburg schon damals schwerpunktmäßig zu den Pariser Vororteverträgen im internationalen Zusammenhang gearbeitet. Allerdings entwickelte sich daraus in Österreich kein Äquivalent zu der damals die deutsche Historikerkunft erschütternden Fischer-Kontroverse.⁴⁰

Nur die wenigsten der schon in dieser Phase entstehenden Dissertationen wurden vor den frühen 70er Jahren auch im Druck einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.⁴¹ Meist noch dem traditionellen historistischen Paradigma

35 Vgl. Äußerungen von Rudolf Neck bei den Eröffnungsveranstaltungen der Linzer „Internationalen Tagungen der Historiker der Arbeiterbewegung“, veröffentlicht in den Protokollbänden hiezu.

36 Etwa: Otto Leichter, *Glanz und Ende der Ersten Republik*, 2. Aufl., Wien 1964; Joseph Buttinger, *Am Beispiel Österreich*, Köln 1953.

37 Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, Wien 1968, 2. gek. Aufl., Wien 1985; früh schon, damit kontrastierend: Hans Hautmann, *Die verlorene Räterepublik*, 2. Aufl. Wien 1971.

38 Etwa die einschlägigen Studien von Jedlicka, Neck, Richard Plaschka, Anton Staudinger und Stadler; vgl. auch: Hanns Haas, *Neueste Forschungen über die Begründung der Republik Österreich*, in: *Zeitgeschichte* 1 (1974), H. 8, 189–195 und: Ulrich Kluge, *Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918–1938)*, in: *Neue Politische Literatur* 29 (1984), 72–90.

39 Nachgedruckt in: Otto Bauer, *Werkausgabe*, Bd. 2, Wien 1976, 489–866.

40 Vgl. Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland*, Göttingen 1984.

41 Auf die Themen der später innovativ werdenden Arbeiten, darunter Peter Huemers „Sektionsschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich“, gedruckt erst Wien 1975, ist im folgenden Abschnitt zurückzukommen. Wenn sich die damaligen Disser-

verpflichtet, enthielten sie jedoch wegen der erstmals zugänglich werdenden Regierungsakten beträchtlichen politischen Sprengstoff. Dieser wäre allerdings von sich aus kaum wirksam geworden, wäre er nicht von der Sichtweise einer kommenden neuen intellektuellen Generation aufbereitet worden. Diese Alterskohorte der Ende der 60er Jahre etwa 20- bis 25-Jährigen hatte eben nicht mehr selbst die Erfahrungen von 1934 und 1938 gemacht, sie war vielmehr mit den politisch sozialisierenden Erfahrungen von 1945 und der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgewachsen. In den 70er Jahren rekrutierten sich daraus die Assistenten, die, wie ich als Angehöriger dieser Alterskohorte sagen möchte, die „mittlere Generation“ der österreichischen Zeitgeschichtler darstellen.

Von den Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte dieser Zeit verdienen die katholische Tabus aufbrechenden Aufsätze von Erika Weinzierl über „Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus“⁴² und ihr Buch über die wenigen Österreicher, die Juden unter der NS-Zeit Schutz gewährt hatten, besonderes Augenmerk. In letzterem waren nicht nur die Erhebungsmethode (Aufrufe in den Massenmedien, Befragung von Zeitzeugen) und das Thema unkonventionell, sondern auch die Umkehrung der Sichtweise der bis heute dominanten Widerstandsforschung, was schon im Titel zum Ausdruck kommt: „Zu wenig Gerechte“.⁴³

Die Zeit der Zweiten Republik war nur ausnahmsweise schon ‚geschichtswürdig‘. In der Wirtschafts- und Sozialgeschichte gingen nur wenige Studien

tanten nicht mit Biographien und Organisationsgeschichten befaßt, behandelten sie oft ereignis- und ideengeschichtliche Themen aus dem Umfeld ihrer akademischen Lehrer. Immerhin deutete sich mit ersten Arbeiten über die Heimwehren und den Nationalsozialismus (etwa: Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft, Wien 1971) das Kommen der „Faschismusforschung“ an. Der „Anschluß“ war noch kein Thema der österreichischen Zeitgeschichtsforschung. Wirklich innovative Arbeiten zum Feld Nationalsozialismus und Faschismus, auch die erst spät wirklich rezipierte biographische Studie über Jägerstetter, kamen aus dem Ausland. (Vgl. etwa: Ulrich Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler, Wiesbaden 1955; Jürgen Gehl, Austria, Germany and the Anschluss, London 1963; vor allem aber Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Wien 1966; Gordon C. Zahn, Er folgte seinem Gewissen, Graz 1967.)

42 Nachgedruckt und weitere ihrer Arbeiten hiezu in: Erika Weinzierl, Prüfstand, Wien 1988; vgl. auch: Gerhard Silberbauer, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage, Graz 1966.

43 Von derselben Verfasserin und Peter Hofrichter stammt im übrigen auch die reich bebilderte und recht dauerhafte politikgeschichtliche Darstellung des gesamten Zeitraums der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘.

bis in die Zwischenkriegszeit⁴⁴, allerdings erschien schon 1961 eine fast an die Gegenwart herangeführte Struktur- und Prozeßanalyse der österreichischen Wirtschaftsgeschichte des Linzer Nationalökonom Kurt Rothschild, auf der Grundlage einer schon früher im englischen Exil verfaßten Studie.⁴⁵ Obwohl ein frühes Beispiel Historischer Sozialwissenschaft und lange Zeit unüberboten, wurde diese Arbeit unter Fachkollegen zwar imitiert, von Zeithistorikern aber erst spät rezipiert. Die historische Landeskunde verharrte faktenreich in ‚tiefster‘ Traditionalität meist vor 1918.⁴⁶

Die „Wissenschaftliche Kommission“: Arena von Politik und ‚Zeitgeschichte‘

Im Verlauf der 60er Jahre setzte in Österreich, westeuropäischen Entwicklungen hinterherhinkend, ein Vormarsch der empirischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein.⁴⁷ Als Instrumente zur Aufrechterhaltung eines stetigen Wirtschaftswachstums und zur gesellschaftlichen Planung erlangten sie zunehmendes Gewicht, vor allem in den sozialdemokratischen oder sozialliberalen Reformkreisen und sozialdemokratischen (Koalitions-)Regierungen des westlichen Europa. Dies blieb, auf kürzere oder längere Sicht, nicht ohne Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der sich entwickelnden österreichischen ‚Zeitgeschichte‘.

44 Vgl. Eduard März, Die Klassenstruktur der Zweiten österreichischen Republik, in: Probleme der österreichischen Politik, Bd. 1, Wien 1968; Gustav Otruba, Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1968.

45 Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Wilhelm Weber, Hg., Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern, heute, morgen, Bd. 1, Berlin 1961; Hertha Firnberg, Wesen und Wandel der Sozialschichtung Österreichs, in: ebenda, Bd. 2, Berlin 1961.

46 Vgl.: Herbert Matis, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Österreich, in: Hans-Ulrich Wehler, Hg., Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975, 85–112, hier 87.

47 Josef Langer, Allgemeine gesellschaftliche Hintergründe für die Entwicklung der Soziologie in Österreich, in: ders., Hg., Geschichte der österreichischen Soziologie, Wien 1988, 11–34; Josef Hochgerner, Tendenzen der Professionalisierung, ebenda, 441–461; Karin Knorr u.a., Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich. Produktionsbedingungen und Verwertungszusammenhänge, Wien 1981, vor allem Vorwort v. Hertha Firnberg, V–XXII.

Von den gesellschaftspolitischen Reformnotwendigkeiten und vielfältigen anderen Faktoren vorbereitet, erfaßte um 1967/68 eine „Studentenbewegung“ die kontinentaleuropäischen Universitäten. Entstanden nicht zuletzt als Reaktion auf den Vietnamkrieg in den USA, sprang sie nach Europa über und entzündete sich neu an spezifischen, auch hier akkumulierten Generationenkonflikten. Der „Pariser Mai“ und die Revolten der westdeutschen Studenten, vor allem gegen die versteinerten Strukturen der Universitäten, und die ‚verdrängte‘ „faschistische Vergangenheit“ wurden neben dem (damit nur in einem indirekten Zusammenhang stehenden) „Prager Frühling“ auch in Österreich Orientierungspunkte der unruhigen Jahre ab 1968. Es handelte sich dabei nicht um eine breite soziale Bewegung, als die sie von vielen der protestierenden Studenten an den Massenuniversitäten mißverstanden wurde, sondern vielmehr um eine „Kulturrevolution“, die einen tiefgreifenden Wandel des intellektuellen und mentalen Klimas bewirkte.⁴⁸ Sie erfaßte Ende der 60er Jahre schließlich in abgeschwächter Form auch Österreich und gab hier den entscheidenden Anstoß zu einer tiefgreifenden „Hochschulreform“.⁴⁹

Langfristige sozialstrukturelle Verschiebungen – vor allem die Zunahme der Unselbständigen und der angestellten „neuen Mittelklasse“, die die soziale Herkunft des Lehrpersonals wie der Universitätsstudenten veränderten –, der innerkirchlich schon seit Anfang der 60er Jahre an Boden gewinnende Reformkatholizismus und das geänderte intellektuelle Klima schufen die Voraussetzungen für den Wahlsieg der SPÖ. 1970 endete die vierjährige Alleinregierung der ÖVP und leitete eine fast 15-jährige sozialdemokratische Alleinregierung unter Bruno Kreisky ein. Vor allem auf dessen Person war es zurückzuführen, daß sich die immer noch im Gewand einer ‚klassischen‘ Arbeiterpartei auftretende SPÖ frühzeitig zu der linken Reformbewegung, aber auch zur linksliberalen Mitte geöffnet hatte. Das Wegfallen der geistigen Fesseln der „Großen Koalition“ erleichterte einer Neuinterpretation der österreichischen Zeitgeschichte den Durchbruch.

48 Vgl. etwa: Henri Weber, *Vingt ans après. Que reste-t-il de 68?*, Paris 1988; Davis Caute, *Sixty-Eight*, London 1988; vor allem die von Pierre Nora, Hg., *Le débat 50* (1988), mit dem Schwerpunkt: *Matériaux pour servir 'a l'histoire intellectuelle de la France, 1953–1987*.

49 Fritz Keller, *Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde*, 2. Aufl., Wien 1988; Elisabeth Welzig, *Die 68er. Karrieren einer rebellischen Generation*, Wien 1985.

Zum institutionellen Zentrum und öffentlichen Forum für die Erneuerung der ‚Zeitgeschichte‘ wurde die neugegründete „Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte Österreichs in den Jahren 1927 bis 1938“, deren Arbeitsgebiet später bis 1918 ausgedehnt wurde. Gemeinsam mit dem von der ÖVP gestellten (Zweiten) Nationalratspräsidenten Alfred Maleta, einem überzeugten Verfechter des politischen Ausgleichs mit der SPÖ, übernahm Kreisky die ‚Schirmherrschaft‘ über diese sozusagen hochoffizielle Kommission. Er umschrieb deren Aufgabe bei der feierlichen Eröffnungssitzung 1972 so: „Ich glaube, daß uns ihre wissenschaftliche Arbeit im höchsten Maße helfen wird, die Grundlagen für eine neue Form der historischen Darstellung dieser Epoche [d.h. „der unglücklichen Ereignisse der dreißiger Jahre“] zu schaffen (...). Darüber hinaus aber kommt dieser Kommission auch große politische Bedeutung zu. Da die Erfahrungen der Zeitgeschichte, wenn ich frei nach Burckhardt sagen darf, uns zwar nicht weise für immer, aber wenigstens klug für ein ander Mal machen sollten.“⁵⁰

Kreisky hatte schon als Außenminister seit 1959 diesbezüglich eine „Lieblingsidee“ verfolgt und, wie er rückblickend schrieb, schon 1967, also während der ÖVP-Alleinregierung, eine Kommission ins Auge gefaßt, „die aus zwölf Personen besteht: aus drei Politikern, die (...) über einen eigenen Erlebnisinhalt aus dieser Zeit verfügen, (...) aus den drei Lagern (...); drei Journalisten aus dieser Zeit, weil sie doch über sie geschrieben haben; drei jungen österreichischen Historikern, die nicht persönlich engagiert waren; und schließlich drei ausländischen Historikern, die sich mit Österreich und mit dieser Epoche wissenschaftlich beschäftigt haben.“⁵¹

„Ein historisches ‚Tribunal‘ in dieser strengen Form wurde dann gottlob nicht ins Leben gerufen,“ wie der Salzburger Historiker Robert Hoffmann schrieb⁵², doch blieb die anvisierte Struktur der Kommission erhalten, auch wenn die Personenzahl auf zunächst 48 erweitert wurde. Politisch waren darin die Großparteien zahlenmäßig annähernd gleich stark, die Kommunisten wesentlich schwächer vertreten. Erst Ende der 70er Jahre wurden auch Personen, die für das „deutsch-nationale Lager“ standen, einbezogen. Das ‚ständisch‘-

50 In seiner Festansprache am 26.10.1972, in: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973, 179–182.

51 Vorwort zu: Walter Wisshaupt, Wir kommen wieder!, Wien 1967, 8.

52 Robert Hoffmann, Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927 bis 1938, in: Zeitgeschichte 3 (1976), 378–393, hier 380.

korporatistische Organisationsprinzip der Kommission entsprach vollkommen der „sozialen Logik“ (M. Godelier⁵³) der österreichischen Gesellschaft (einschließlich der Politik und der Universitäten). Ihr Grundprinzip war nicht ein liberal-westliches – hier hätten wohl die ‚Experten‘ überwogen –, sondern das Modell der Sozialpartnerschaft. In diese „Logik“ paßt auch, daß in der Kommission ausländischen Experten eine große Bedeutung zugeschrieben wurde, was nicht nur ein Ausdruck der Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern auch der politischen Orientierung der einheimischen Historiker war; in Reinform sollte dieses Denkmodell 15 Jahre später in der internationalen Historikerkommission zur „Causa Waldheim“ wiederkehren.⁵⁴

Die politisch-gesellschaftliche Aufgabe der „Wissenschaftlichen Kommission“ war es nun, um L. Febvres Formulierung abzuwandeln, die von der (sich wandelnden) Geschichtsmentalität konstituierten Problembereiche der österreichischen Vergangenheit für eine Funktion in der geänderten Gegenwart zu organisieren. Welche Probleme dies zunächst waren, ergab sich aus dem sozialistischen Geschichtsbewußtsein, das stärker als um das ‚Trauma‘ des „Anschlusses“ und Nationalsozialismus um jenes der Niederlage im Februar 1934 zentriert (gewesen) sein dürfte. Welche konkrete (regierungs-)politische Funktion Kreisky selbst, der durchaus die Notwendigkeit von (teil-)autonomen Bereichen für die Wissenschaften und Künste anerkannte, der Kommission bei ihrer Gründung zugebracht haben mag, ist nicht klar auszunehmen. Möglicherweise war es jedoch die der geistigen Einbindung der oppositionellen ÖVP in einen Konsens mit den traditional-sozialistischen, ‚linken‘ Kräften in seiner eigenen Partei: „Koalitionsgeschichtsschreibung“ zur Erleichterung seiner Regierungsarbeit, konzipiert schon in der Phase der SPÖ-Minderheitsregierung.

Schon beim ersten Symposium der Kommission drohten jedoch gleichsam die entfesselten Ströme der bisher gebannten Zeitgeschichte in eine andere Richtung auszuberechnen, als es sich der ‚Meister‘ und die ‚Zauberlehrlinge‘ vorgestellt hatten. Denn schon damals prallten vor allem über die Themen Zerstörung der Demokratie, Faschismen und politische Gewalt in der Zwischenkriegszeit nicht nur je nach Weltanschauungen, sondern auch je nach Generationen höchst gegensätzliche Meinungen aufeinander, sodaß eine Zeitlang die Weiterarbeit

53 Maurice Godelier, *L'idéal et le matériel*, Paris 1984.

54 Vgl. Bericht der Internationalen Historikerkommission, in: *Profil*, Jg. 19, Nr. 7, Dokumente [Beilage].

der Kommission durch den angedrohten Rückzug der ÖVP-Vertreter ernsthaft gefährdet schien. Auch wenn es „Beschwichtigungshofräten“ gelang, die Einhaltung gewisser Spielregeln durchzusetzen, wurden die Kommissionstagen auch in den nächsten Jahren immer wieder ein Forum, auf dem wissenschaftliche und politische Meinungsgegensätze in einer scharfen, aber erfrischenden Weise ausgetragen werden konnten wie nirgends sonst in der Geschichte der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘.

Die schon erwähnte Assistentengeneration war es, die hier die zutage geförderten Archivquellen in Sinne des neuen Demokratieverständnisses interpretierte, und ich hoffe, nicht einer Selbsttäuschung zu erliegen, wenn ich als einer der Beteiligten meine⁵⁵, daß sie trotz aller Kontroversen für substantiell gehalten wurden.⁵⁶ Gerade ihr quellenpositivistisches Vorgehen dürfte es diesen Historikern erleichtert haben, allmählich die Kommission insgesamt, wohl nicht permanent und ausschließlich, von der „Koalitionsgeschichte“ weg und (temporär) in Richtung auf demokratisch-kritischere Interpretationen zu verschieben.⁵⁷

Die „Wissenschaftliche Kommission“ arbeitete sich in mehr als zehn Jahren in einem guten Dutzend von Symposien jeweils im Abstand von runden „Jubiläumjahren“ (40 oder 50) bis zum „Anschluß“ von 1938 durch und wandte sich in zunehmendem Maße dann einerseits der Anfangsphase der Republik, andererseits zeitübergreifenden Themen, auch wirtschafts-, sozial- und ideengeschichtlichen Fragen zu, bei denen auch die nichtsozialistischen Interessen wieder stärker zum Tragen kamen.⁵⁸ In den letzten Jahren ihrer Aktivität litt sie

55 Ich folge hier auch: Felix Kreissler, *Les travaux de la Commission de recherche scientifique de l'histoire de l'Autriche de 1927 a 1938*, in: *Austriaca* 1 (1975), 93–120, hier 118.

56 Im übrigen trug dieser Konflikt auch dazu bei, diese Historikergeneration, angesichts der auf die Beseitigung von Demokratie und Niederwerfung der Sozialdemokratie hinauslaufenden Politik der historischen „antimarxistischen“ Kräfte, den damaligen sozialdemokratischen und historischen „austromarxistischen“ Positionen anzunähern.

57 Dies kann etwa gelten für neue Sichtweisen der christlichsozialen Politik und der Österreich-Ideologie des „Ständestaates“ (durch A. Staudinger), der Parlamentsausschaltung (durch P. Huemer, der allerdings erst spät vor der Kommission auftreten konnte), der Jugend Dollfuß' und der NSDAP (durch G. Jagschitz), außenpolitischer Vorgänge (durch H. Haas und K. Stuhlpfarrer), auch für meine Untersuchungen politischer Gewalt; diese Arbeiten und eine Reihe ähnlicher derselben Historikergeneration wurden in den Tagungsbänden der Kommission zum ersten Mal veröffentlicht, siehe Anm. 58.

58 Als bisher letzter der Tagungsbände ist erschienen: Isabella Ackerl u. Rudolf Neck, Hg.,

allerdings darunter, daß der Neuigkeitswert der vorgelegten ereignisgeschichtlichen ‚Fakten‘ abnahm und das traditionell politikbezogene Paradigma deutlich an Attraktivität verlor. Das abschätzige Wort von der „Jubiläumshistoriographie“⁵⁹ machte die Runde, als der ‚Polster‘ an empirischer Quellenarbeit einer relativ kleinen Anzahl von (meist jüngeren) Zeitgeschichtsforschern in der oft raschen Abfolge der Symposien aufgezehrt wurde und seine kurzfristige Brisanz verlor; darüberhinaus erwies sich die Kommission aufgrund ihrer ‚ständischen‘ und proporzmäßigen Struktur personell, thematisch und methodologisch zunehmend immobil. Bevor Mitte der 80er Jahre ihre finanzielle Austrocknung einsetzte, nahm sie noch ein umfangreiches Projekt zur Edition der Ministerratsprotokolle aus den strittigsten Jahren der Republik in Angriff und legte dazu auch eine Anzahl von gedruckten Bänden vor. So sorgfältig und verdienstvoll diese Editionen waren, so sollten sie „künftig nicht dazu verleiten, über die Regierungsentscheidungen die bislang noch unerforschten historischen Wirklichkeitsbereiche zu vergessen.“⁶⁰

In den für die forschungsmäßige Etablierung der ‚Zeitgeschichte‘ entscheidenden Jahren bis 1976 hatte die Wissenschaftliche Kommission praktisch ein „Monopol zur Abhaltung zeitgeschichtlicher Symposien“⁶¹ in Österreich inne. Da sich die „österreichischen Historikertage“ in einem größeren Ausmaß erst 1978 der ‚Zeitgeschichte‘ und anderen neuen historischen Forschungsfeldern öffneten, war die Kommission praktisch der einzige Ort, an dem einigermaßen alle Zeitgeschichtsforscher (allerdings lange unter Ausschluß der Sozialhistoriker) zu Diskussionen ihrer Arbeiten zusammentrafen, und woran ständig Historiker aus der Bundesrepublik Deutschland, etwa Hans Mommsen, Ulrich Kluge und Everhard Holtmann, aus den USA, der Schweiz, aus Frankreich und anderen, auch osteuropäischen Ländern teilnahmen. Naturgemäß dominierte in der Kommission zahlenmäßig die Wiener ‚Zeitgeschichte‘.

Saint-Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien. Wissenschaftliche Kommission (...) Veröffentlichungen 11, Wien 1979.

59 Micheal Mitterauer, Politischer Katholizismus, Österreichbewußtsein und Türkenfeindbild, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12 (1982), H. 4.

60 Ulrich Kluge, Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918–1938), in: Neue Politische Literatur 29 (1984), 85.

61 Robert Hoffmann, Forschungsschwerpunkte österreichischer Zeitgeschichte, in: Zeitgeschichte 8 (1980), 122–131, hier 122.

Deshalb dürften die anderen, weniger stark repräsentierten Eckpunkte des „Tetragons“ der Zeitgeschichtsforschung umso eher bereit gewesen sein, der Aufforderung des ins Justizministerium zurückgekehrten Christian Broda zu folgen, ebenfalls eine Serie von Symposien, und zwar über „Justiz und Zeitgeschichte“, zu organisieren. Es war einerseits wohl als Gegengewicht gegen die immer wieder in der „Wissenschaftlichen Kommission“ aufflammenden „koalitionshistoriographischen“ Tendenzen gedacht, und andererseits erzeugten die in diesen Jahren gerade im Justizbereich anlaufenden großen Reformvorhaben einen beträchtlichen Bedarf an geschichtswissenschaftlicher „Untermauerung“. Bis zum endgültigen Auslaufen dieser Symposien um die Mitte der 80er Jahre gelang allerdings nur ansatzweise eine echte Verschmelzung der beiden Bereiche.⁶² Auch hierüber erschienen gedruckte Tagungsberichte, und zwar in der Reihe des 1977 an Weinzierls Institut eingerichteten „LBI für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“.

Die volle Institutionalisierung der ‚Zeitgeschichte‘

Im weiteren Verlauf der 70er Jahre breiteten sich in Österreich die ‚kritisch-quellenpositivistische Form der Zeitgeschichtsforschung und die von ihr besonders betriebene „Republikgeschichte“ aus, wobei zunächst noch bis in die frühen 80er Jahre regionale Widerstände (etwa in Steiermark und Tirol) bestanden. Zugleich machte aber die „Republikgeschichte“ eine gewisse Wandlung ihres methodologischen und thematischen Profils in Richtung auf eine sozialgeschichtlich inspirierte Politikgeschichte des 20. Jahrhunderts⁶³ im Sinne der für die deutsche ‚Zeitgeschichte‘ so typischen „politischen Sozialgeschichte“ (J. Kocka) durch; daraus sollten auch Entwicklungsstränge hervorgehen, denen eine „sozialwissenschaftliche Zeitgeschichte“ bzw. „Gesellschaftsgeschichte“ (H.-U. Wehler) vorschwebt.⁶⁴

62 Vgl. Erika Weinzierl u. Karl R. Stadler, Hg., *Justiz und Zeitgeschichte* (I), Wien o.J. (1977); in den folgenden Jahren wurden die Tagungsbände durchnummeriert.

63 Vgl. Gerhard Botz, Einleitung [zum Kapitel: Sozialgeschichte], in: ders. u.a., Hg., *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte*, Wien 1978, 595–297.

64 Gerhard Botz, *Neueste Geschichte zwischen Quantifizierung und „Mündlicher Geschichte“*, in: *Geschichte als demokratischer Auftrag*. Karl R. Stadler zum 70. Geburtstag, Wien

Ausschlaggebend für diesen sozialwissenschaftlichen und sozialgeschichtlichen Schub in der Zeitgeschichtsforschung war dreierlei. Zum einen hatte das generell ‚linkere‘ intellektuelle Klima der 70er Jahre die Rezeption marxistischer Gesellschaftstheorien und Erklärungsansätze gefördert, was in der ‚jungen‘ österreichischen Geschichtswissenschaft auf eine doppelte Weise geschah. Es gab in Österreich die lange Zeit verschüttet gewesene Tradition des „Austromarxismus“, an dessen historische Arbeiten angeknüpft werden konnte. Und über Kontakte, die ehemalige Emigranten wie K.R. Stadler noch mit Großbritannien unterhielten, wurde eine relativ frühe Rezeption der britischen ‚marxisierenden‘ Sozialgeschichte erleichtert, insbesondere der Arbeiten von Eric Hobsbawm, der seine Jugend in Wien verbracht hatte.⁶⁵ Die Geschichte der Arbeiterbewegung, sich selbst teilweise zu einer Geschichte der (Industrie-)Arbeiter wandelnd, fungierte dabei als Drehscheibe. Deren Mittelpunkt war das „LBI für Geschichte der Arbeiterbewegung“ Stadlers an der Universität Linz mit drei äußerst aktiven Publikationsreihen.⁶⁶ Dazu kam 1973 das personell und organisatorisch eng angebundene „Projektteam für Geschichte der Arbeiterbewegung“ beim Wissenschaftsministerium, dessen Leitung Helene Maimann übernahm. Dieses weit über die Ortsbindung hinausgreifende Konglomerat von zeitgeschichtlichen Forschungseinrichtungen wurde später nicht ganz unzutreffend „Linzer Schule“ genannt.⁶⁷ 1988 bündelte die Zehnjahresschrift dieses LBI praktisch alle damals in Österreich vorhandenen Arbeiten und setzte damit weitere Impulse.⁶⁸

1983, 12–36, bzw. Ernst Hanisch, Überlegungen zu einer Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, in: *Zeitgeschichte* 16 (1988), 1–9.

65 Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Sozialrebellien. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Neuwied 1962; ders., *Labouring Men. Studies in the History of Labour*, London 1965. Die bahnbrechenden Studien E.P. Thompsons wurden hingegen erst über Umwege rezipiert, etwa: Michael Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung anti-kapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848*, Frankfurt am Main 1970.

66 „Publikationen“ bzw. „Schriftenreihe des LBI für Arbeiterbewegung“, sowie „Materialien zur Arbeiterbewegung“, alle Wien.

67 So, in Anlehnung eines Worts von A. Wandruszka, durch Helmut Konrad, *Zum Stand der Zeitgeschichtsschreibung in Österreich*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 25 (1985), 508.

68 Gerhard Botz, u.a., Hg., *Bewegung und Klasse*, Wien 1988; vgl. damit die 25-Jahre-Schrift für den „Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung“ sechs Jahre später: Helmut Konrad u. Wolfgang Maderthaler, Hg., *Neuere Studien zur Arbeitergeschichte*, 3 Bde., Wien 1984

Zum anderen hatten damals in der öffentlichen Wertschätzung die Sozialwissenschaften die Geschichtswissenschaften überfügelt: die einen galten insgesamt als ‚modern‘, die anderen als ‚antiquiert‘. Allenthalben sprachen gerade traditionelle Historiker von einer tiefen Krise ihres Fachs. Der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ jedoch erwachsen daraus im Verlauf der 70er Jahre, vor allem in Politikwissenschaft und Soziologie, befruchtende Nachbardisziplinen, wenn nicht gar ‚Leitwissenschaften‘, deren Attraktivität bei jüngeren Historikern gelegentlich zur Forderung nach einem interdisziplinären Aufgehen der ‚Geschichte‘ führte. Selbst das alteingespielte Schulfach „Geschichte“ schien mehrfach in Gefahr, in einem einheitlichen, nicht primär historischen Fach „Gesellschaftskunde“ o.ä. aufzugehen. Was vom Standpunkt traditioneller Historiker als Gefährdung ihrer institutionellen Position erschien, wurde jedoch für eine noch nicht etablierte historische Teildisziplin wie die ‚Zeitgeschichte‘ zur Chance. Denn das Unterrichtsressort begann in den frühen 70er Jahren, das nominell schon 1962 eingerichtete Fach „Geschichte und Sozialkunde“ an höheren Schulen mit einem konkreten neuen Inhalt zu füllen.⁶⁹ Damit wurde auch eine Anpassung des Lehramtsstudiums notwendig, die wiederum eine Erneuerung der universitären Geschichtestudien bewirkte, was allein aus der Universität heraus wohl nur schwer möglich gewesen wäre. Auf beiden Seiten der eine Zeitlang weniger undurchlässigen Fachgrenzen wirkten sich diese Impulse langfristig aus: Sozialwissenschaftler wie Ch. Fleck, A. Pelinka, E. Talos und J. Weidenholzer⁷⁰ arbeiteten auch historisch, während Zeitgeschichtler wie R. Ardelt, H. Konrad, E. Hanisch, H. Maimann, S. Matzl und ich selbst mehr oder weniger stark von den Sozialwissenschaften angeregt wurden.⁷¹

und die Stadler-Festschrift aus dem Jahr 1983: Geschichte als demokratischer Auftrag, wie Anm. 64.

69 Vgl. Ernst Bruckmüller u. Michael Mitterauer, Konzept II, in: Herwig Wolfram u. Karl Brunner, Hg., Vorschläge für ein Studium der Geschichte, Salzburg 1975, 128–160; Michael Derndarsky, Geschichte an der Universität, in: ders. u.a., Grundstudium Geschichte, Salzburg 1978, 16–30.

70 Vgl. etwa: Christian Fleck, Der Fall Brandweiner. Universität im Kalten Krieg, Wien 1987; Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933–1938, Wien 1972; Emmerich Talos, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse, Wien 1981; Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, 2. Aufl., Wien 1983.

71 Vgl. Rudolf G. Ardelt, Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um

Schließlich wurde das Aussehen der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ auch von einer anderen jungen historischen Teilbereichsdisziplin stark beeinflusst, von seiten der Sozialgeschichte in jener Form, wie sie sich am Wiener „Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ in den 70er Jahren ausbildete und in den „Beiträgen zur historischen Sozialkunde“ ihr Publikationsorgan schuf.⁷² In inhaltlicher Hinsicht sollte die Ausstrahlung der „Mitterauer Schule“ am stärksten auf jenen Gebieten⁷³ werden, die künftig auch von der ‚Zeitgeschichte‘ bearbeitet werden sollten – also Arbeitergeschichte, Frauengeschichte, Alltagsgeschichte und österreichische Nationsbildung – oder die als Ausgangspunkt für die „sozialgeschichtliche Politikgeschichte“ in Frage kamen.⁷⁴ Auf den besonderen Stellenwert der jüngeren Mitglieder bei der methodologischen Erneuerung der ‚Zeitgeschichte‘ ist noch zurückzukommen.

Unterhalb und neben dieser um 1980 fast zum *mainstream* in der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ werdenden Entwicklung, die strukturgeschichtliche und prozessuale Aspekte aufnahm, begannen sich jedoch schon jene Neuansätze vorzubereiten, die erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre voll zur Wirkung kommen sollten.⁷⁵ Mit ihnen wird sich Teil II. dieses Artikels befassen.

die Jahrhundertwende, Wien 1984; Helmut Konrad, Das Entstehen der Arbeiterklasse in Oberösterreich, Wien 1981; Ernst Hanisch, Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz Salzburg im Dritten Reich, Salzburg 1983; Helene Maimann, Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945; Siegfried Mattl, Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich, 1919–1929, Wien 1978; Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934, München 1976.

72 Josef Ehmer u. Albert Müller, Sozialgeschichte in Österreich. Traditionen, Entwicklungsstränge und Innovationspotential, in: Jürgen Kocka, Hg., Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung, Darmstadt 1989, 109–140, hier 116–121.

73 Vgl. etwa: Josef Ehmer, Vaterlandslose Gesellen und respektable Familienväter, in: Helmut Konrad, Hg., Die deutsche und die österreichische Arbeiterbewegung (...), Wien 1982, 109–153; Hans Safrian u. Reinhard Sieder, Gassenkinder – Straßenkämpfer, in: Lutz Niethammer u. Alexander v. Plato, Hg., „Jetzt kriegen wir andere Zeiten“, Berlin 1985, 115 ff.

74 Etwa Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, Wien 1985; Josef Ehmer, Sozialgeschichte des Alters, Frankfurt am Main 1990; Michael Mitterauer, Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt am Main 1986; Reinhard Sieder, Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt am Main 1987.

75 Vgl. Helmut Konrad, Zum österreichischen Geschichtsbewußtsein nach 1945, in: Rudolf Altmüller u. a., Hg., Festschrift Melangées Felix Kreissler, Wien 1985, 125–138; ders., Stand, wie Anm. 67; Elisabeth Dietrich, Zur Sozial- und Zeitgeschichtsforschung in Österreich, in:

Im Hinblick auf die institutionelle Struktur der Zeitgeschichteforschung in den 70er Jahren fällt zunächst auf, daß sie sich anfangs nur zögernd wandelte. Ihr institutionelles „Tetragon“ blieb zunächst weiterhin dominierend. Es wurde allerdings personell auf der akademischen Mittelbau-Ebene bedeutend ausgeweitet und damit für die „mittlere Generation“ von Zeitgeschichtlern das wichtigste Feld ihrer wissenschaftlichen Profilierung und ihrer weiteren Karrieren, die um 1980 begannen, durch Habilitationen und Berufungen volle akademische ‚Weihen‘ zu erlangen. Zugleich vollzog sich hier jedoch schon die wissenschaftliche Sozialisation einer neuerlich „jüngeren Generation“ von Zeitgeschichtlern.

Von weittragender Bedeutung sollte es auch werden, daß E. Weinzierl mit ihren jüngeren Kollegen in Salzburg das zuerst riskant erscheinende Unternehmen der Gründung einer monatlich erscheinenden Zeitschrift, der „Zeitgeschichte“, startete und nicht nur aufrecht erhalten, sondern sogar ausbauen konnte. Diese Zeitschrift, heute international anerkannt⁷⁶, ist zum wohl wichtigsten Fachorgan der Zeitgeschichtsforschung in Österreich geworden, an dessen meist quellennahen, teils auch theoretischen und programmatischen Artikeln aus dem Bereich der „Republikgeschichte“ sich recht gut der jeweilige Stand des Fachs ablesen läßt. Vor allem Ernst Hanisch und Rudolf Ardel, Vertreter der „mittleren“ Zeitgeschichtlergeneration in Salzburg, thematisierten hier immer wieder anstehende Probleme in prägnanten Artikeln und Literaturberichten.⁷⁷

Dadurch verschob sich das Aktivitätszentrum der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ zunehmend in das Umfeld der „Mutter Courage der österreichischen Zeitgeschichte“⁷⁸, und es war nur logisch, daß Weinzierl 1978 als Nachfolgerin des unerwartet verstorbenen Ludwig Jedlicka nach Wien ging. Ich selbst,

Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), 341–384; Kluge, Krisenherde, wie Anm. 14, 70–90; Gerhard Botz, Oral History in Austria, in: BIOS. Zeitschrift für Biographie und Oral History, Sondernummer 1990, 97–106.

76 Ulrich Kluge, Historische Österreich-Forschung: Drei jüngere Zeitschriften, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), 132–153.

77 Vgl. vor allem: Ernst Hanisch, Regionale Zeitgeschichte; ders., Zeitgeschichte als politischer Auftrag; ders., Gab es einen spezifischen österreichischen Widerstand?; sowie: Rudolf Ardel, Der Ständestaat – ein postparlamentarisches System?; ders., „Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?“ oder die Frage „Wie deutsch ist Österreich?“, jeweils in: Zeitgeschichte 7 (1980), 39–60; 12 (1985) 81–91; 12 (1985), 339–350; 12 (1985), 109–121; 13 (1986), 253–268.

78 Unter diesen Titel stellte Ernst Hanisch sein Vorwort zu: Erika Weinzierl, Ecclesia semper reformanda, Wien 1985, 21–23.

bis dahin an den Instituten Stadlers in Linz, folgte Weinzierl auf ihrer Salzburger Universitätsstelle nach. Dort und vor allem mit dem 1982 gegründeten „Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft“ versuchte ich, das aus der Nähe zu den Sozialwissenschaften in Linz hervorgegangene Programm der „Konstituierung einer sozialwissenschaftlichen Zeitgeschichte von neuen Quellen und Methoden her“⁷⁹ zu verwirklichen.

Durch diese personellen und fachlichen Verschiebungen wandelte sich um das Jahr 1980 auch das inhaltliche Aussehen der ‚Zeitgeschichte‘ in Österreich. Dazu trug auch bei, daß 1982 in Graz, jedoch außerhalb der (dort noch nicht) institutionalisierten ‚Zeitgeschichte‘ eine weitere Zeitschrift, „Geschichte und Gegenwart“, mit starker Ausrichtung auf die neueste Geschichte gegründet wurde. Was diese Zeitschrift kennzeichnet, ist unter anderem nicht so sehr ihre zur Salzburg-Wiener „Zeitgeschichte“ im Gegensatz stehende kirchengeschichtliche Sicht, sondern ein ausgeprägtes geschichtstheoretisches Interesse.⁸⁰ Wenn Anfang der 80er Jahre fachkonservative Stimmen von einer zur „Südbahnachse“ im Gegensatz stehenden „Westbahnachse“ der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘ sprachen, könnte dies zum damaligen Zeitpunkt gar nicht so falsch gewesen sein, jedenfalls nicht im Hinblick auf die personelle Mobilität.

Ganz konnte diese „Bahn-Theorie“ allerdings nicht richtig sein. Denn das institutionelle Viereck der ‚Zeitgeschichte‘ hatte schon 1974 bzw. 1977 eine Erweiterung erfahren, durch die Errichtung eines separaten Instituts für Zeitgeschichte an der bildungswissenschaftlichen Universität in Klagenfurt; es wurde von dem zum Professor bestellten Norbert Schausberger geleitet und widmete sich besonders der Nationalsozialismusforschung und der politischen Bildung. Anfang der 80er Jahre wurden schließlich auch in Graz und Innsbruck Ordinariate für Zeitgeschichte eingerichtet und mit dem aus Linz kommenden Helmut Konrad bzw. mit dem deutschen, vor allem außenpolitisch arbeitenden Rolf Steininger besetzt. Entwickelte Konrad in Graz in enger Zusammenarbeit mit den Linzer Institutionen der Arbeitergeschichte vor allem ein Zentrum regionaler Zeitgeschichtsforschung und internationaler Arbeiterbewegungsge-

79 So der Untertitel meiner Antrittsvorlesung: Gerhard Botz, *Neueste Geschichte zwischen Quantifizierung und „Mündlicher Geschichte“*, in: *Geschichte als demokratischer Auftrag*, Wien 1983, 13–36; ähnlich auch: ders., *Zeitgeschichte zwischen Quantifizierung und „Oral History“*, in: Karl R. Stadler, Hg., *Rückblick und Ausschau*, Wien 1978, 29–48.

80 Ihr Untertitel lautet: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung“.

schichte, so bildeten sich um Steininger in Innsbruck Schwerpunkte zur österreichischen und deutschen Diplomatiegeschichte in den 30er bis 50er Jahren und zur Nachkriegsgeschichte. Schließlich kam 1986 der ehemalige Salzburger Weinzierl-Mitarbeiter Rudolf Ardelt als Nachfolger Stadlers nach Linz, wo er in enger Kooperation mit der von ihm geleiteteten Außenstelle des LBI für Arbeiterbewegung in Salzburg und gemeinsam mit H. Konrad in Graz besonderes Gewicht auf die regionale Arbeitergeschichte legte.⁸¹

Damit war die Etappe der Institutionalisierung der österreichischen ‚Zeitgeschichte‘, selbst ein Ausdruck der vorherrschenden Geschichtsmentalität der Zweiten Republik, weitgehend abgeschlossen. Mit der damit verstärkten wissenschaftlichen Bearbeitung der Zeitgeschichte wurde es überhaupt erst möglich, in den Prozeß der Reproduktion dieser, auch die professionelle ‚Zeitgeschichte‘ umschließenden Geschichtsmentalität einzugreifen.

Teil II erscheint im nächsten Heft der ÖZG.

81 Eine weitere Institution, wenn auch im Ausland gelegen, sei hier noch erwähnt, das 1977 von Felix Kreissler an der Universität in Rouen errichtete „Centre d'Etudes et de Recherches Austrichiennes“. Durch die seit 1975 erscheinende, auch zeitgeschichtliche Themen berücksichtigende Zeitschrift „Austriaca. Cahiers Universitaires d'Information sur l'Autriche“ und seine Tagungen wurde es auch innerhalb Österreichs innovativ. Seine Arbeiten streichen, wie es dem „Patriotismus aus der Ferne“ der Emigranten so oft eigen ist und wie es sich aus der Konkurrenz mit den Deutsch-Studien im fremdsprachigen Ausland ergibt, den Österreich-Aspekt besonders, manchmal unkritisch, heraus; vgl. vor allem das innovative Eröffnungssymposium 1977, dessen Protokolle als drei Sondernummern der „Austriaca“ 1978/9 erschienen, und das „Anschluß“-Kolloquium von 1988.